

Mehrbedarfe für das Gesamtprogramm Sprache Verbände fordern bessere Finanzierung!

Mehrbedarfe für nachhaltig erfolgreiche Integration von Migrant*innen sowie Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung erfordern eine deutlich bessere Finanzierung für das staatliche Gesamtprogramm Sprache!

Mit 14 Millionen Eingewanderten ist Deutschland nach den USA das OECD-Land mit der zweitgrößten Einwanderungsbevölkerung. Seit 2022 sind laut OECD noch über eine Million vorübergehend Schutzberechtigte aus der Ukraine sowie rd. 600 000 Asylsuchende hinzugekommen.

Spracherwerb ist die Voraussetzung für gelingende Integration und damit auch für die Sicherheit und den Zusammenhalt der demokratischen Gesellschaft sowie für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung.

Schon in diesem Jahr kann der Bedarf an Sprachkursen nicht gedeckt werden. Das sagt auch die Bundesregierung selbst.

Höhere Investitionen in Integration zahlen sich aus!

Ein Rekordhoch von 70% erreichte die Erwerbstätigenquote von Eingewanderten in Deutschland 2022 laut OECD und übertraf damit die Quoten anderer EU-Vergleichsländer. Besonders hervorgehoben werden dabei die positiven Auswirkungen der Sprachförderung auf die Erwerbstätigkeit von Eingewanderten. "Die Sprachkenntnisse Eingewanderter haben sich in Deutschland stärker verbessert als in den meisten anderen EU-Ländern."

Mehrbedarfe für effizientere Arbeitsmarktintegration von Geringqualifizierten, Hochqualifizierten und einwanderungsbereiten Arbeitskräften

Eine effizientere Arbeitsmarktintegration geringqualifizierter und hochqualifizierter Einwanderer sowie einwanderungsbereiter Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland in den deutschen Arbeitsmarkt verursacht jedoch Mehrbedarfe für die Weiterbildung, zu der das staatliche Gesamtprogramm Sprache gehört, z.B. für passgenauere Kurszuweisungen und kleinere Gruppen.

Neben einer bedarfsgerechten Mittelausstattung benötigt das Gesamtprogramm Sprache zusätzliche Investitionen ebenso für:

- eine angemessene Vergütung – unabhängig vom Status – hochqualifizierter Lehrkräfte, um dem drohenden Fachkräftemangel auch in der Weiterbildung entgegenzutreten,
- eine angemessene Vergütung der Leistungen der Träger, um flexiblere und bedarfsgerechtere Angebote zu ermöglichen,
- und eine umfassende Digitalisierung der Lernangebote.

Diese Forderungen werden von einem breiten Bündnis der Verbände getragen:

